

Medienmitteilung

Stadtrat Winterthur

28. September 2010 (1 Seite)

Budget 2011: Trotz guter Steuererträge weiterhin angespannte Finanzlage

Der Winterthurer Stadtrat legt dem Grossen Gemeinderat einen ausgeglichenen Budgetantrag 2011 vor. Der Gesamtaufwand ist mit rund 1,3 Milliarden Franken veranschlagt.

Auf der Einnahmenseite wird erwartet, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise keine grossen Spuren hinterlassen wird. Es wird erwartet, dass sich die Steuererträge bei gleich bleibendem Steuerfuss um fast 10 Prozent erhöhen. Das ist einerseits auf die sehr gute Ertragslage einiger juristischer Personen zurückzuführen und andererseits auf einen erfreulichen Anstieg bei den natürlichen Personen. Trotz dieser positiven Entwicklung gibt es keinen Anlass für eine finanzielle Entwarnung bei den Stadtfinanzen. So ist im Budgetantrag für das städtische Personal aufgrund der Vorgaben des Kantons auch im nächsten Jahr lediglich der Ausgleich der Teuerung vorgesehen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise erhöht den Druck auf die Fürsorgeleistungen und lässt die Beiträge stark anwachsen. Zudem ist durch die Neuregelung der Pflegefinanzierung durch den Bund ein neuer, grosser Kostenblock den Kantonen und Gemeinden zugewiesen worden. Im Weiteren nehmen die Kosten im Schulbereich und bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs weiter zu. Wegen des Nachholbedarfs bei der Infrastruktur (Masterplan Bahnhof, Schulhäuser, Sanierung Alterszentren etc.) musste das Investitionsprogramm um weitere 10 Millionen Franken erhöht werden. Dies ergibt Folgekosten in Form von Abschreibungen und Zinsen, welche die Laufende Rechnung belasten. Somit konnten nur die wichtigsten und dringlichsten Vorhaben ins Budget aufgenommen werden. Wichtige Projekte mussten verschoben werden.

Im Juli hat der Kantonsrat das neue Finanzausgleichsgesetz verabschiedet, welches für die Städte Zürich und Winterthur nebst dem Ressourcenausgleich einen Zentrumslastenausgleich vorsieht; für die Stadt Winterthur in der Höhe von 86 Millionen Franken. Allerdings wurde ein konstruktives Referendum ergriffen, um die Zentrumslastenausgleiche der beiden Städte zu kürzen. Eine Annahme dieses Referendums würde für Winterthur einen Einnahmefall von 21 Millionen Franken bedeuten und die Stadt vor fast unlösbare finanzielle Probleme stellen.